

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 RM., bei Selbstabholung 1.25 RM. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 RM., für 1 Monat 1.85 RM. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 RM. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Platzvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— RM. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— RM. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Der Krieg gegen das revolutionäre Rußland eröffnet.

### Beginn der Operationen. — Dünaburg und Ruzk von deutschen Truppen besetzt.

#### Sonne und Wind im Gesicht.

Der Wahlkampf in Niederbarnim, der in der letzten Woche mit Flugblättern und Versammlungen lebhafter eingeleitet hat, stellt die Unabhängige Sozialdemokratie vor große Schwierigkeiten. Die Fessel des Besagerungsstandes hindert unsere Partei in starkem Maße in der nötigen Agitation. Das erste Flugblatt wurde ihr vollständig verboten, das zweite mußte infolge dessen mit der größten Zurückhaltung abgesetzt werden. Den Versammlungsrednern und Leitern sind bestimmte, einschränkende Bedingungen auferlegt. Das alles trifft natürlich die Regierungssozialisten und die bürgerlichen Parteien — die Nationalliberalen und die Fortschrittler haben Kandidaten aufgestellt —, obgleich sie natürlich nach den Bestimmungen in gleicher Weise behandelt werden wie die Unabhängige Sozialdemokratie — unsere Partei am schlimmsten, da eben gerade ihre Politik es bedingt, daß sie unter solchen Bestimmungen sich nicht frei regen kann. Die Abhängigen werden nicht in die Lage kommen, daß ihnen Flugblätter verboten werden. Und dazu haben sie den großen Vorteil, ein tägliches Blatt für ihren Kampf zur Verfügung zu haben und einen Kandidaten, der stetig, unbehindert von militärischen Fesseln, zur Stelle ist, jederzeit zu den Wählern sprechen, jeden Augenblick in den Kampf eingreifen kann. Unser Kandidat aber, Genosse Dr. Breitscheid, hat am Montag nach Ablauf seines Urlaubs — der zudem nur durch allgemeine Bestimmungen, also nicht durch ihn betreffende besondere Entschließung der Militärbehörde bis zum 18. Febr. verlängert wurde, als Armierungsarbeiter an die Front zurückkehren müssen. Alle Bemühungen um die Verlängerung des Urlaubs, alle Hinweise auf die Notwendigkeit, daß der Kandidat jetzt, da in weniger denn vier Wochen die Entscheidung fallen soll, im Wahlkreis sein, sind ergebnislos geblieben, und ob erneute Anstrengungen Erfolg haben werden, ist zweifelhaft. Das bedeutet eine erneute Verbesserung der Kampfbedingungen der Abhängigen. Wäre nicht die feste Überzeugung, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft von diesen Politikern des Grundlagenausverkaufs und des Kuhhandels nichts wissen will, so könnten unsere Genossen in Niederbarnim angestrichen aller dieser widrigen Umstände, wozu als schwerwiegendster der Mangel eines Tagesblattes kommt, das Berliner Mitteilungsblatt, das sich kräftig in den Dienst des Wahlkampfes stellt, darf nur wöchentlich erscheinen, fast den Mut verlieren. So aber sind die Hindernisse natürlich nur dazu angetan, den Kampfeswillen und den Arbeitseifer aufs äußerste zu steigern. Die Genossen empfinden es, welche Bedeutung diese Auseinandersetzung mit den Abhängigen für die deutsche Arbeiterbewegung im Reich hat, sie wissen, daß die Klagen des gesamten Klassenbewußten Proletariats wie die des Bürgerlums über die Grenzen des Reichs hinaus auf Niederbarnim gerichtet sind. Hier fällt am 14. März eine bedeutungsvolle, weit über die Grenzen des Wahlkreises hinaus wirkende Entscheidung und jeder, der den Namen Sozialdemokrat mit Recht führt, muß es empfinden und empfindet es, wie er in seinem Kreise und nach allen seinen Kräften dazu beitragen muß, daß diese Entscheidung ein Sieg des wahren Sozialismus, der grundfaktreuen Demokratie und des ersten, unabweidigen Friedenswillens werde, eine unabweidige Abfrage an jene angeblichen Arbeiterpolitiker, die sich dazu hergeben, die Annexionspolitik der Regierung mit vertuschenden Resolutionen und Auslegungen, mit Kreditbewilligungen u. a. m. zu verhüllen und zu stützen.

Die Kämpfer von Niederbarnim, die den Wahlkreis, den Stadthagen ein Menschenalter lang vertrat, dem Sozialismus erhalten wollen, haben einen schweren Kampf zu führen. Sie haben Wind und Sonne im Gesicht. Aber sie haben die Sache für sich, deren Banner sie tragen und daraus dürfen sie Zuversicht schöpfen. Sie stehen auf wichtigem Posten und sie werden der großen Aufgabe, die ihnen zugefallen ist, Ehre zu machen wissen.

Die Kampfweise der Abhängigen zeigt, daß sie trotz der großen äußeren Vorteile, die ihnen die Gunst der Umstände beschert, der Werkkraft ihrer Partei sehr mißtrauen. Sie sind schon in den ersten Wochen des Wahlkampfes auf dem Niveau des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie angefangen und haben nun wenigstens den Trost und

die Sicherheit, daß sie nicht mehr tiefer in den Morast der niedrigsten persönlichen Verdächtigung und Beschmutzung ihrer Gegner hineingeraten können. Herr Wissel, ihr Kandidat, ist freilich so klug, sachlich zu bleiben und sich auf das Schlagen der nationalen Pauke zu beschränken — sein erstes Flugblatt, das er verbreiten ließ, mutet im ersten Teil wie etwa eine Sonntagsbetrachtung eines gestimmungslüchtigen Kirchenpredigers an. Die schmutzige Arbeit des persönlichen Angriffs bleibt andern überlassen. Bezeichnenderweise mußte eine der edelsten Blüten des Regierungssozialismus, die Leipziger Freie Presse, mit der elenden Lüge den Anfang machen, Genosse Breitscheid habe einen regierungssozialistischen Abgeordneten um seine Reklamation angebettelt. Die berüchtigte J. R., das offiziöse Organ der Generalkommission der Gewerkschaften, griff diesen selten Bissen sofort wohlgefällig auf und fügte dieser Lumperei als bald eine niederträchtige Denunziation an, die zugleich die brutale Verletzung eines der elementarsten Gebote des journalistischen Ehrenlober war. Die Rücksicht auf den Denunzierten verbietet uns nähere Angaben. Am Sonntag aber hat in Bernau, einem Städtchen des Wahlkreises, ein sicherer Herr Schmidt als Redner der Abhängigen in einer unserer Versammlungen den Genossen Breitscheid unumwunden bezeugt, er sei nur unter der Bedingung in die Partei eingetreten, daß ihm ein besoldeter, ein gut besoldeter Posten gegeben werde. Der saubere „Kämpfer der Idee“ hat dabei zur besseren Illustrierung seines Rotwurfs die Gebärde des Geldzählers gemacht. Vom Genossen Ledebour, dem Referenten der Versammlung, gestellt und zur Vorlegung seiner Beweise aufgefordert, kniff der Ehrenmann und wollte eigentlich nichts gesagt haben. Dabei handelt es sich nicht etwa um einen nicht zur Vertretung der Abhängigen legitimierten Mann, nicht um einen irregulären und unerfahrenen Parteigänger; soweit festgestellt wurde, ist dieser Herr Schmidt einer der Subalternoffiziere der Regierungssozialisten, entweder der langjährige zweite Sekretär des abhängigen Parteisekretariats für Brandenburg, oder ein ebenfalls langjähriger Angestellter des Landarbeiterverbandes. Er war jedenfalls als Sprecher der Abhängigen bestellt. Wie traurig muß eine Sache bestellt sein, deren Vertreter mit solch erbärmlichen Mitteln zu kämpfen genötigt sind.

#### Trennungs- und Bindestriche.

Am Vorwärts zog vor einigen Tagen Herr Otto Braun, Mitglied des regierungssozialistischen Parteivorstandes, am Schluß eines längeren Artikels einen „dicken, sichtbaren Trennungsstrich“. Herr Braun nennt sich immer noch Sozialdemokrat, und wer nur nach dem Namen einer Sache geht, der muß glauben, daß es Herrn Braun jetzt darauf ankommen müsse, den Trennungsstrich zwischen den Arbeitern und den Alldeutschen, zwischen den Sozialisten und der kapitalistischen Bourgeoisie recht dick und sichtbar zu ziehen. Gerade im jetzigen Augenblick. Aber so war es von Herrn Braun nicht gemeint. Er zieht den Trennungsstrich zwischen den deutschen Regierungsozialisten und den russischen Bolschewiki. Zwei Drittel seines Artikels widmet er dem Nachweis, daß Herr Nadel eigentlich ein Lump und somit Regierung und Alldeutsche im Recht seien, wenn sie von ihm nichts wissen wollten; im letzten Drittel kommt er endlich auf die Missetaten der Bolschewiki zu sprechen. Angeblich hätten sie eine sozialistische Säbelherrschaft errichtet, nicht Sozialismus und Demokratie sei, was die Bolschewiki in Rußland trieben, es sei vielmehr gewalttätiger Putschismus und Anarchie.

Wir haben schon vor Monaten einigen Mitarbeitern Gelegenheit gegeben, sich gegen die Politik der Bolschewiki zu äußern, wenn gleich wir selbst mit deren Auffassungen nicht übereinstimmen. Wir gehören nicht zu den kritiklosen Bewunderern der Bolschewiki, wir halten es für verständlich, wenn man an ihrer Taktik auch vom sozialistischen Standpunkte aus Kritik üben kann. Man darf jedoch nicht vergessen, daß wir viel zu wenig über die Tätigkeit der Bolschewiki unterrichtet sind; was gegen sie spricht, das wird von ihren Feinden im Innern und von außen vorgebracht; glaubt man, daß die unparteiisch seien? Wer hätte sich wohl ein Urteil über die Sozialdemokratie vor dem Kriege bilden können, wenn er etwa den Reichs-

verband gegen die Sozialdemokratie oder vielleicht noch die Spat-Agnes des seligen Eugen Richter um Rat gefragt hätte? Kennt jemand das Wesen und die Tätigkeit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wenn er über sie nur erfährt, was Herr Hülmann und andre Regierungshandlanger über sie auslegen? Für die Bolschewiki spricht doch aber sehr viel, vor allem, daß sie mit Ernst und Energie an die Aufgabe herangezogen sind, die jetzt die erste für jeden Sozialisten sein muß: An die Verteidigung des Weltkrieges. Sie führen in Rußland ihre Maßnahmen im Interesse der nichtbesetzenden Klassen durch, und gerade das hat ihnen den Haß der Bourgeoisie in Rußland und in andern Ländern angezogen.

Zweifellos haben die Bolschewiki eine ungeheure Arbeit durchzuführen, um aus dem russischen Chaos, das sie nicht geschaffen, sondern das sie als traurige Erbschaft des Fasizismus und der imperialistischen Bourgeoisie übernahmen mußten, einen geordneten Wirtschaftskörper auf sozialistischer Grundlage zu machen. Ob so kluge Männer wie die deutschen Scheidemann, wenn sie das Werk in die Hand genommen hätten, schneller damit fertig geworden wären, steht noch dahin. Bisher haben sie nur bewiesen, daß sie ein Chaos schaffen, aber keines beseitigen können. Sie haben unter Trennungs- und mit brutaler Gewalt die deutsche Arbeiterbewegung zerstückelt und aktionsunfähig gemacht. Was sie also den Bolschewiki vorwerfen, das haben sie selbst im reichlichsten Maße gesündigt. Zudem haben sie wiederholt öffentlich die Bolschewiki gelobt und ihrer Sympathie verflücht. Anscheinend aber ist gerade dieser Mangel ein Grund mehr für Herrn Braun, seinen Trennungsstrich zu ziehen, und was immer wieder betont werden muß: im gegenwärtigen Augenblick.

Die Scheidemann müssen wissen, was auf dem Spiele steht. Die Annexionisten haben auf der ganzen Linie gesiegt, die „Anschlammung“ der Ostprovinzen an Deutschland soll durchgeführt, die Nowe-Ulinie und weite Strecken des polnischen Landes sollen an das Reich gebracht, der Scheinfriede mit der Scheinregierung der Ukraine soll durchgeführt werden, und wenn erst im Osten die deutsch-annexionistische Ordnung herrscht, dann soll der Westen dran kommen. In diesem Augenblick also zieht Herr Braun, der zweifellos im Auftrag des regierungssozialistischen Parteivorstandes handelt, seinen Trennungsstrich gegen die Bolschewiki, in diesem Augenblick liefert er den deutschen Annexionisten das Stichwort und den Schlüsselpunkt für ihre Tätigkeit.

Der Trennungsstrich des Herrn Braun wird durch einen Trennungsstrich seines Kollegen Ober unterstrützt, der zur gleichen Zeit in der Neuen Zeit einen längeren Artikel gegen die Streiks schreibt und dabei mit besonderem Nachdruck hervorhebt: „Der Parteiausbruch und der Parteivorstand haben sich auf ihrer Tagung während des Streiks erneut einmütig zur Landesverteidigung bekannt. Die Reichstagsfraktion hat sich dem Beschluß ebenfalls einmütig angeschlossen. Die Parteivorstände der Gewerkschaften haben sich in gleichem Sinne erklärt.“ Der eine Artikel ist ohne den andern nicht zu verstehen. Die abhängige Provinzpresse bringt sie denn auch gleich hintereinander und die bürgerliche Presse druckt schmunzelnd lange Zitate daraus ab. Diese beiden Artikel sollen den Bindestrich darstellen, der die Regierungsozialisten an die Regierung und an die bürgerlichen Parteien wieder knüpft, nachdem das schöne Verhältnis durch die Streikbewegung so arg bedroht worden war. Gegen die Bolschewiki tie Rußland, die zweifellos die überwältigende Masse des Proletariats hinter sich haben, den dicksten Trennungsstrich, gegen die deutsche Bourgeoisie, trotzdem ihr annexionistischer und ihr dem Sozialismus feindlicher Charakter durchaus feststeht, den innigsten Bindestrich! Das alles aber nennt sich proletarisch, sozialdemokratische Politik und Taktik.

Nun können die Scheidemann, nachdem ihr Vorstand sich so energisch gegen die Bolschewiki und für die deutsche Bourgeoisie erklärt hat, sich wieder mit allem Eifer der Landesverteidigung hingeben: Die neuen 15 Milliarden Kriegskredite und die 3 Milliarden neuer Steuern harren der Bewilligung. Dabei dürfen sie sich doch nicht ausschalten lassen!

Nel den Herren Braun und Ober die Aufgabe zu, Trennungs- und Bindestriche zu ziehen, so wurde Herr Friedrich Stumpf er,